

Elektromobilität „E-Station wird Standard sein“

Verkehrsforscher **Andreas Knie**, 56, vom Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel der TU Berlin, über die Elektroauto-Offensive des Einzelhandels

SPIEGEL: Ikea will bis 2019 bei all seinen Möbelhäusern in Deutschland Aufladestationen für Elektroautos anbieten, auch Aldi-Süd und Rewe investieren in diesen Service. Tanken wir künftig auf dem Supermarktparkplatz?

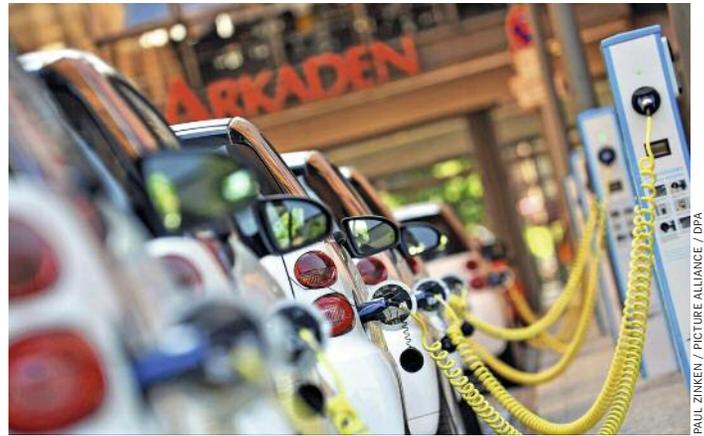
Knie: Ja, dahin geht der Trend. Wenn es mehr Elektromobile geben wird, muss man jede Minute im Alltag nutzen, in der das Auto steht. Also wird der Wagen nicht nur nachts vor der Haustür oder in der Garage aufge-

laden, sondern auch bei der Arbeit, beim Sport oder eben beim Einkaufen.

SPIEGEL: Woher kommt der Strom?

Knie: Wenn die Einzelhändler glaubwürdig Nachhaltigkeit vorleben wollen, dann produzieren sie den am besten selbst: durch eigene Solar- und Windkraftanlagen. Die Supermarktdächer sind ideal für Photovoltaik. Oder sie kooperieren mit Energieanbietern, die ihre Expertise einbringen.

SPIEGEL: Für die Händler ist die Technik teuer, eine Zapfsäule kostet gut 30 000 Euro. Welche Bezahlmodelle gibt es?
Knie: Auf lange Sicht wird der Strom nichts kosten, die Einzelabrechnung wäre viel zu kompliziert. Man könnte jedoch eine Gebühr für die Nutzung der Parkplätze verlangen. Aber ich würde



Elektroautos an Ladesäulen vor Einkaufspassage

jedem empfehlen, die Ausgaben einfach unter Kundenbindung zu verbuchen.

SPIEGEL: Was hat der Einzelhandel davon?

Knie: Der Markt ist hart umkämpft, alle Lebensmittelketten tüfteln an solchen Modellen. Wer diese Entwicklung

verpasst, wird langfristig eine wichtige, kaufkräftige Kundengruppe verlieren. Sie können heute auch kein Café mehr ohne WLAN betreiben. In einigen Jahren wird die E-Station im Einkaufszentrum flächendeckend Standard sein. one

Strompreise Ungerecht aus Kalkül

Auf der Stromrechnung sind sie schwer zu finden, aber sie gehen ins Geld – und sind zudem ungerecht verteilt: die Netzentgelte. Im Norden und Osten Deutschlands zahlen Elektrizitätskunden mehr als im Süden

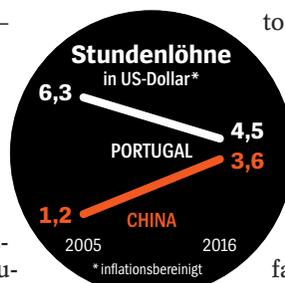
und Westen. Die Bundesregierung spielt jedoch auf Zeit und blockiert ein Gesetz zur Vereinheitlichung dieser Gebühren. Anfang des Jahres strich der damalige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) einen entsprechenden Passus in letzter Minute aus einem Gesetzentwurf, offensichtlich aus Rücksichtnahme auf

seine Parteigenossin, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. In ihrem Bundesland, wo im Mai gewählt wird, wären die Gebühren dadurch gestiegen. Ein Stromkunde in Düsseldorf etwa zahlt pro Kilowattstunde rund fünf Cent Netzentgelte, einer in Brandenburg hingegen zwölf Cent. Der Bundesrat unternahm

vergangene Woche eine Initiative zur Vereinheitlichung. Darauf antwortet das Wirtschaftsministerium nun, man wolle dies „prüfen“. Der schleswig-holsteinische Umweltminister Robert Habeck (Grüne) sagt: „Die Bundesregierung duckt sich weg. Sie traut sich vor der NRW-Wahl nicht, klar Stellung zu beziehen.“ gt

Die Samstagsfrage Wie lange bleibt China noch die Werkbank der Welt?

Die ganze Welt kauft T-Shirts, Schuhe, Computer – und die Chinesen nähen, schustern und schrauben sie zusammen. Dass dieses Modell so lange funktionierte, hatte zwei Gründe: Kein Land verfügte über ein vergleichbares Heer an Arbeitern, kein Industriestaat konnte mit Chinas Löhnen konkurrieren. Das Reich der Mitte wurde zur „Werkbank der Welt“. Doch die Löhne in Chinas verarbeitender Industrie steigen – und zwar schneller als vorausgesagt. Nach einer Studie der Forschungsgruppe Euromonitor haben sich die Stundenlöhne chinesischer Arbeiter zwischen 2005 und 2016 inflationsbereinigt verdreifacht – von 1,20 auf 3,60 Dollar. Damit hat China klassische Schwellenländer wie Mexiko (2,10 Dollar), Thailand (2,20) und Brasilien (2,70) überholt; in Indien verharren die Stundenlöhne seit 2007 auf 0,70 Dollar. Chinas Lohnniveau schließt bereits zu dem einzelner europäischer Länder auf: In Portugal sind die Stundenlöhne in den vergangenen zehn Jahren laut Euromoni-



tor auf 4,50 Dollar gesunken. Welche Folgen hat die Lohn-Explosion? Zum einen versiegt Pekings Reservoir an billigen Arbeitskräften: Unternehmen aus Niedriglohnsektoren ziehen sich zurück. Das Land muss teurere Produkte herstellen, sonst sinken die Exporte. Zum anderen steigt mit den Löhnen Chinas Spar- und Konsumquote: Allein in den vergangenen sechs Jahren hat sich das frei verfügbare Einkommen eines Chinesen im Schnitt fast verdoppelt. China wird künftig also weniger für die Welt herstellen und mehr für den Binnenmarkt. Dieser Umbau der Wirtschaft könnte positive Folgen haben – auch für westliche Industriestaaten, wenn sie den Zugang zum chinesischen Markt behalten. Auf dem Nationalen Volkskongress hatte Staatschef Xi Jinping vorige Woche angekündigt: „Chinas offene Tür wird sich nicht wieder schließen.“ Wenn Xi sein Wort hält – aber nur dann –, könnten vom Umbau auch Exportstaaten wie Deutschland und die USA profitieren. bza